

Parlamentarischer Vorstoss

2016/154

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Interpellation von Roman Brunner, SP-Fraktion: BLKB in die Panama Papers erwähnt

Autor/in: [Roman Brunner](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 19. Mai 2016

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Im Zusammenhang mit der teilweisen Veröffentlichung der «Panama- Papers» wurden vergangene Woche umfangreiche Informationen zu Personen und Unternehmen, welche in die Geschäfte verwickelt sind in die den Medien veröffentlicht. Nebst vier anderen Kantonalbanken ist auch die Basellandschaftliche Kantonalbank unter den Betroffenen. Ich habe grosses Vertrauen in die Arbeit unserer Kantonalbank. Darum ist eine rasche Klärung dieser Fragen notwendig, damit die Reputation der BLKB keinen Schaden nimmt.

Die Geschäftsbeziehungen welche zum Eintrag in den Panama Papieren geführt haben, scheinen zwar schon einige Jahre alt zu sein. Gleichwohl erachte ich es als von grossem öffentlichem Interesse, dass unsere mit Staatsgarantie ausgestattete BLKB keine Beihilfe zu Offshore-Geschäften leisten darf. Sollten tatsächlich heute noch solche Verbindungen bestehen, sind diese sofort zu unterbinden.

Ich bin mir bewusst, dass ein Eintrag in den Papieren nicht zwingend mit ungesetzlichen Handlungen in Verbindung steht. Trotzdem müssen in dieser Geschichte möglichst rasch Klarheit und Transparenz geschaffen werden. Daher bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Sind die in den Medien verbreiteten Informationen korrekt, dass die Geschäftsbeziehungen, die zum Eintrag in die Panama-Papiere geführt haben, heute nicht mehr bestehen?
2. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, inwiefern die Basellandschaftliche Kantonalbank in die Panama- Geschäfte involviert ist?
3. Welcher Natur waren oder sind die Geschäftsbeziehungen, welche zum Eintrag in die Panama Papiere geführt haben?

4. Welchen Einfluss hat der Regierungsrat möglicherweise in der Vergangenheit schon genommen beziehungsweise kann der Regierungsrat in Zukunft darauf nehmen, dass die mit Staatsgarantie ausgerüstete Kantonbank in Zukunft keine derartigen Geschäfte mehr tätigt?

Für die Beantwortung meiner Fragen danke ich dem Regierungsrat schon jetzt bestens.